Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 123. Sonnabend, 30. Mai 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die erneuten schweren Lasten durch die Notverordnung.

Veröffentlichung nicht vor Ende der kommenden Woche.

Aus dem Inhalt der Vorlage.

Berlin. Der **Inhalt der Vorlage**, die der Reichsfinanzminister und der Reichsarbeitsminister im Benehmen mit dem Kanzler ausgearbeitet haben, steht jetzt in seinen Grundzügen im wesentlichen fest.

Nach den Berechnungen des Finanzministeriums muß ein Fehlbetrag für das laufende Rechnungsjahr gedeckt werden, der sich beim Reich allein auf 730 Millionen Reichsmk. beläuft. Meldungen, die davon wissen wollten, daß mit den Maßnahmen der neuen Sanierungsnotverordnung zugleich auch die Fehlbeträge der beiden vorhergegangenen Rechnungsjahre abgedeckt werden sollten, sind irrig. Den Hauptnachdruck legt der Entwurf, der das Kabinett in den nächsten Tagen beschäftigt, auf die sogen. Krisensteuer. Sie soll als Zuschlag zur Einkommensteuer von allen Personen erhoben werden, die nicht nur arbeitslosenversicherungspflichtig sind, also mehr als 8400 Reichsmark im Jahre verdienen. Sie wird gestaffelt sein und in Sätzen von 1 bis 6 v. H. des Einkommens erhoben werden. Das Reichsfinanzministerium glaubt, hierbei etwa 400 Mill. Reichsmark gewinnen zu können. Den Beamten wird ein zweiter Gehaltsabbau auferlegt, der gleichfalls zwischen 4 und 8 v. H. gestaffelt ist und für das Reich 60—70 Millionen RM. bringen soll. Außerdem ist eine Verdoppelung der Zuckersteuer vorgesehen mit einem geschätzten Mehrerlös von 120 Millionen Reichsmark. Endlich sollen noch Benzin- und Tabaksteuer zusammen 80 Millionen RM. mehr als bisher erbringen.

Die Ersparnisse am Reichshaushalt belaufen sich auf 120 Millionen, von denen 50 Millionen auf den Wehrhaushalt entfallen. Außerdem sollen weitere 190 Millionen beim Haushalt der Sozial- und Kriegsbeschädigtenrenten eingebracht werden. Eine Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung ist in dem vorliegenden Entwurf nicht vorgesehen, jedoch wird in Kreisen, die dem Kabinett nahestehen, damit gerechnet, daß es trotzdem noch zu einer Heraufsetzung der Beiträge um etwa ½ v. H. kommt. Der Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung ist im wesentlichen in der Form vorgesehen, daß die Bestimmungen für Saisonarbeiter eine Neuregelung erfahren und voraussichtlich die Wartezeit verlängert wird.

Insgesamt ergeben die Maßnahmen, die hiernach vorgesehen sind, gegenüber dem errechneten Fehlbetrag ein Plus von rund 200 Millionen Reichsmark, die als Reserve dienen sollen, falls etwa der Fehlbetrag doch größer sein sollte, als das Reichsfinanzministerium annimmt.

*

Fortsetzung der Kabinettsberatungen.

Berlin. (Funkspruch.) Das **Reichskabinett** setzt die **Beratungen der neuen Notverordnung** heute fort. Es wird bis zur Fertigstellung sozusagen in Permanenz tagen. Nach dem Verlauf der gestrigen Sitzung läßt sich feststellen, daß **die Beratungen keinesfalls vor Mittwoch abend zum Abschluß kommen können.** Dann wird der Kanzler, ehe er nach Chequers reist, die Verordnung gegenzeichnen und der Staatssekretär der Reichskanzlei wird sie dem **Reichspräsidenten vorlegen,** der sich zur Erholung auf seinem Gute aufhält und dem die **letzte Entscheidung** zusteht. Schon daraus ergibt sich, daß **mit der Veröffentlichung vor Ende der nächsten Woche unter keinen Umständen zu rechnen ist.**

Die Schwierigkeiten der Beratung liegen einmal in der Materie selbst. Das zeigt sich schon an dem **Umfang der neuen Notverordnung.** Sie wird **etwa zwei Dutzend Gesetzentwürfe enthalten,** also ein ebenso starker Band werden wie ihre Vorgängerin vom letzten Dezember. Auch in den Kreisen der Reichsregierung ist man sich darüber klar, daß es darauf ankommt, die zum Teil harten Maßnahmen, die die Situation erfordert, so an die Oeffentlichkeit zu bringen, daß sie psychologisch tragbar sind. Auch das erfordert eine sehr sorgfältige Behandlung. **Die Reichsregierung hat das Bestreben, die Lasten und Opfer möglichst gerecht zu verteilen.** Daraus erklärt sich zum Teil die **Staffelung in der neuen Kürzung der Beamtengehälter** und in der **Krisensteuer.** Wenn die Sätze auch im einzelnen noch nicht festliegen, so läßt sich doch mit Sicherheit sagen, daß die **Kürzung der Beamtengehälter sich praktisch mit etwa 4 bis 5 Prozent auswirken wird, die Krisensteuer mit einem Durchschnitt von 2—3 Prozent.** Die höchsten Stufen der Kürzungsstaffelung, die bis 8 Prozent hinaufreichen, finden nur auf die wenigen Beamten der obersten Gehaltsgruppen Anwendung. **Die Krisensteuer beginnt mit 1 Prozent bei wahrscheinlich 3600 RM.,** wird z. B. bei einem Einkommen von etwa 5000 RM. 1½ Prozent ausmachen und bis zu 5 Prozent bei den großen Gehältern ansteigen.

*

Falsche Gerüchte über das Kabinett.

Berlin. (Funkspr.) Von unterrichteter Seite wird die in der Presse aufgetauchte **Behauptung, Reichsfinanzminister Dietrich beabsichtige zu demissionieren, als haltloses Gerücht** bezeichnet. Ebenso **unzutreffend** sind auch die **Behauptungen über Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts,** die anläßlich der Besprechungen der Sanierungsmaßnahmen entstanden sein sollen.

Stegerwald über Lohn- und Sozialpolitik.

)(Berlin. Reichsarbeitsminister Stegerwald äußerte sich gegenüber einem Berliner Pressevertreter über wirtschafts-, sozial- und lohnpolitische Fragen. Man verlange, so führte er unter anderem aus, zur Zeit stürmisch eine **grundlegende Reform der Sozialversicherung.** Darüber brauche man sich nicht die Köpfe heiß zu reden, **sie komme von selbst.**

Im Jahre 1931 trete nämlich für die gesamte Sozialversicherung dieselbe Einnahmedürre ein, die bei Reich, Ländern und Gemeinden zu beobachten sei.

Bei dem gleichen prozentualen Beitragssatz wie im Jahre 1929 dürfte die gesetzliche Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung in 1931 um 1 bis 1¼ Milliarde Mark weniger Einnahmen aufweisen als im vorausgegangenen Jahre. Zur Zeit leisteten Arbeitgeber und Arbeiter alles in allem rund 18 v. H. des Lohnes an Beiträgen zur Sozialversicherung. Wenn die gegenwärtigen gesetzlichen Leistungen in allen Versicherungszweigen beibehalten werden sollten, **dann müßten die Beiträge insgesamt um 5 bis 6 v. H. erhöht werden.** Das sei sowohl für die Arbeitnehmer wie für die Wirtschaft eine Unmöglichkeit. **Bei der heutigen Kapitalverknappung vermehre in Deutschland jede wesentliche produktionsbelastende Erhöhung der Sozialbeiträge die Arbeitslosigkeit.**

Zur Frage der **Lohnpolitik** erklärte der Minister unter anderem folgendes: Im Jahre 1931 rechne die Arbeitslosenversicherungsanstalt aus 1 v. H. Beitrag mit 212,5 Millionen Einnahmen, also **mit über 75 Millionen Jahreseinnahmen weniger als im Jahre 1929.** Das bedeute, daß die Arbeitslosenversicherten im Jahre 1931 21,25 Milliarden oder um **7½ Milliarden weniger an Löhnen und Gehältern bezogen als in 1929.** Es ergebe sich dreierlei: 1. daß die Behauptung, die deutschen Löhne seien zu unbeweglich und zu starr, im ganzen gesehen nicht richtig sei, 2. daß die staatlichen Schlichtungsinstanzen auf die Lohnpolitik in ihrer Gesamtheit gar nicht den überragenden Einfluß hätten, der vielfach fälschlich angenommen worden sei, 3. daß eine zweite allgemeine Lohnsenkungswelle durch die staatlichen Schlichtungsinstanzen in nächster Zeit nicht mehr durchgeführt werden könne.

Heimatblock gegen Vizekanzler Dr. Schober.

)(Wien. Der **Heimatblock** hat gestern im Parlament eine **dringliche Anfrage,** der übrigens die Dringlichkeit nicht zuerkannt wurde, an Vizekanzler Dr. Schober bezw. an die Bundesregierung eingebracht, in der sie das **Verhalten des Außenministers Vizekanzlers Dr. Schober auf der letzten Völkerbundstagung in Genf einer scharfen Kritik unterzieht,** weiter die Bundesregierung fragt, ob sie sich mit Dr. Schober identifiziere, und schließlich, **ob die Bundesregierung bereit sei, mit dem Deutschen Reich Verhandlungen über den Austritt aus dem Völkerbund einzuleiten.**

Der Stahlhelmtag in Breslau.

)(Breslau. Der **deutsche Frontsoldatentag** wurde gestern nachmittag durch die **Einholung von etwa 125 Fahnen in die Jahrhunderthalle** eingeleitet.

In dieser fand am Abend eine

große Kundgebung

statt, bei der der **Führer des schlesischen Stahlhelms, Oberst a. D. v. Marklowski,** die Erschienenen, insbesondere die beiden Bundesführer begrüßte und ihnen dankte, daß der 12. RFST. in Schlesien im Osten stattfindet. Er erinnerte an die Abstimmungszeit und ihre Kämpfe, wiederholte dabei aber auch die Behauptung, „daß es am 21. Mai" gegen Willen und Befehl des Generals Höfer zum Sturm auf den Annaberg gekommen sei, um dann fortzufahren: „Aber weil man die Offensive verbot, weil man verhandelte, deshalb wurde Ostoberschlesien polnisch".

Darauf ergriff der **erste Bundesführer des Stahlhelms, Seldte,** das Wort, der auf das Geleitwort in der Festschrift des Stahlhelm für den schlesischen Stahlhelmaufmarsch hinwies, daß es der Wille des Stahlhelms und der Sinn seines 12. Reichsfrontsoldatentages in Breslau ist, **das Lebensrecht Deutschlands im Osten und auf den Osten zu behaupten** und sichtbar und hörbar vor aller Welt zu betonen. **„Niemals werden wir alten Frontsoldaten",** führte Seldte dann aus, **„die Abtrennung zugeben, niemals die Wegnahme Oberschlesiens und Westpreußens, Danzigs und Memels anerkennen. Dieser Osten Deutschlands hat deutsch zu sein und wird es durch den Willen der nationalen deutschen Frontgeneration wieder werden."**

Nach einem Rückblick auf die Gründung des Stahlhelms im November 1918 betonte Seldte, daß der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, von vornherein bewußt politisch gegründet worden ist. Das **Stahlhelmvolksbegehren „Der preußische Landtag ist aufzulösen"** habe man in breiter Front gewonnen. Im Spätsommer oder Herbst dieses Jahres werde man den Volksentscheid mit allen Kräften und Stimmen und mit den verbündeten Freunden uns Parteien durchführen. Auch dieser Volksentscheid werde ein Sieg sein.

Seldte wies dann noch auf den harten, unüberbrückbaren **Gegensatz des Stahlhelms zum Marxismus** hin, um dann zu schließen: **„Wir, die wir den Krieg kennen, wollen keinen Krieg, aber noch weniger wollen wir Sklaven sein,** und ganz besonders soll dies dem Osten Europas gegenüber ausgesprochen werden. **Wir alten Frontsoldaten wollen dem Osten helfen, wir wollen dem Westen helfen, und wir wollen Deutschland helfen. Denn der Stahlhelm will ja nichts für sich, aber alles für Deutschland."**

Politische Ausschreitungen.

Zwei Tote, zahlreiche Verletzte.

)(Berlin. Gegen 22,35 Uhr wurden **Stahlhelmangehörige,** die sich am Senefelder Platz angesammelt hatten, um sich dann zum Görlitzer Bahnhof zu begeben, **von Kommunisten beschossen.** Durch die Schüsse wurden **zwei Polizeibeamte,** sowie ein **unbeteiligter Passant erheblich verletzt.** Die Täter entkamen trotz sofortiger Verfolgung und konnten bisher nicht ermittelt werden. Der Zustand des einen schwerverletzten Hauptwachtmeisters ist sehr ernst, während die beiden anderen Verletzten nach ärztlicher Behandlung das Krankenhaus verlassen konnten.

Zu **schweren Ausschreitungen** kam es in der **Skalitzerstraße.** Gegen 22,45 Uhr wurden zwei Polizeibeamte bei Auflösung einer kommunistischen Ansammlung angegriffen. Hierbei wurde ein **Hauptwachtmeister durch Messerstiche am Kopf erheblich verletzt und mußte nach der Rettungsstelle** gebracht werden. Der **62jährige Maurer August Hahn,** Mitglied des Stahlhelms, wurde von bisher unbekannten Tätern **durch einen Kopfschuß getötet.** An der gleichen Stelle wurde auch ein **Maschinenbauer** durch **Messerstiche im Rücken** und durch einen Schuß an der rechten Hand verletzt. Insgesamt nahm die Polizei 5 Personen fest, die der Abteilung I A zugeführt wurden.

Unter der Hochbahn in der **Skalitzerstraße** sammelten sich gegen 23 Uhr mehrere Trupps von Kommunisten, insgesamt etwa 200 Personen, an, die Niederrufe ausbrachten und Steine auf die Polizeibeamten warfen. Die Polizei konnte die Ansammlungen zerstreuen. Anläßlich dieser Ausschreitungen in der Skalitzerstraße trug der **sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Anton Reißnach erhebliche Arm- und Kopfverletzungen** davon und mußte von dem Ueberfallkommando nach dem Krankenhaus gebracht werden, von wo der Abgeordnete nach ärztlicher Behandlung in seine Wohnung entlassen wurde. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Auch Polizeihauptwachtmeister Zenker seinen Verletzungen erlegen.

Berlin. (Funkspruch.) Der bei dem gestrigen Ueberfall auf die Stahlhelmabteilung am Untergrundbahnhof Senefelderplatz verletzte Hauptpolizeiwachtmeister Zenker ist heute früh seinen Verletzungen erlegen. Bisher konnte festgestellt werden, daß es sich um organisierte Ueberfälle auf die nach Breslau abreisenden Stahlhelmer gehandelt hat. Dies wird belegt durch ein Flugblatt, das beschlagnahmt werden konnte und in dem in schärfster Form aufgefordert wird, den Stahlhelmern einen „warmen Abschied" zu erweisen. Das Flugblatt ist unterzeichnet mit „Die roten Arbeiter von Berlin".

SLUB Wir führen Wissen.